STADT BIELEFELD

- Schul- u. Sportausschuss -
- Jugendhilfeausschuss -
- Beirat für Behindertenfragen -

Sitzung Nr. SchA/050/2009 JHA/059/2009 BB/049/2009

Niederschrift über die Gemeinsame Sitzung des Schul- und Sportausschusses, Jugendhilfeausschusses und des Beirates für Behindertenfragen am 09.09.2009

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

Schul- und Sportausschuss

CDU

Herr Heine

Herr Rüther

Frau Brinkmann Herr Kleinkes

Herr Krieg

SPD

Herr Tsapos

Frau Viehmeister

Herr Kranzmann

Herr Wandersleb

Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Bolte

Frau Dr. Schulze

BfB

Herr Grün

Beratende Mitglieder

Herr Kunert

Herr Meitsch

Frau Röder

Frau Seils

Vorsitzender

<u>Jugendhilfeausschuss</u>

CDU

Frau Brinkmann

Herr Kögler

Herr Krieg

Herr Langeworth

Herr Scholten

SPD

Herr Suchla Herr Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Bolte

Beratende Mitglieder

Herr Epp

Herr Kläs

Frau Stillger

Herr Wandersleb

Herr Wendt

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Potschies

Beirat für Behindertenfragen

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Baum

Herr Kläs

Frau Röder

Herr Urbigkeit

Herr Winkelmann

Frau Lawrenz

Stimmberechtigte Mitglieder der Anbieterorganisationen

Herr Beimdiek

Benannte Mitglieder der Ratsfraktionen mit beratender Stimme

Frau Köttnitz (BfB)

Frau Wegner (Bündnis 90/Die Grünen)

Behindertenhilfekoordinator mit beratender Stimme

Herr Ohlendorf

Verwaltung

Herr Beigeordneter Kähler

Herr G. Müller

Frau Schattmann

Herr Lieske

Herr Robra

Herr Litke

Herr Flachmann

Frau Jürgensmeier

Dezernat 5 Amt für Schule

Schulamt für die Stadt Bielefeld

Bezirksregierung Detmold Bezirksregierung Detmold Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Amt für Jugend und Familie

-Jugendamt-

Amt für Schule, Schriftführung

Vorsitzender

Stv. Vorsitzender

2

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Nach vorheriger Verständigung übernimmt der Vorsitzende des Schulund Sportausschusses Herr Rüther die Sitzungsleitung. Herr Vorsitzender Rüther begrüßt die anwesenden Mitglieder der drei Gremien und stellt die form- und fristgerechte Einladung fest. Er ergänzt die Tagesordnung dahingehend, dass als Tischvorlage für den Schulund Sportausschuss die Beschlussvorlage "Schulische Integrationshilfen", Drucksachennummer 7144, verteilt worden ist. Die Behandlung des TOP wird an den Beginn der Sitzung gestellt.

Zu Punkt 2

Schulische Integrationshilfen

tung)

(vorgezogene Bera- Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7144/2004-2009

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 148 gem. § 60 Abs. 2 GO NRW wird genehmigt.

Für die "Schulischen Integrationshilfen" (NKF-Sachkonto 53180000, Ansatz 2009: 92.040 € besteht im Haushaltsjahr 2009 ein unabweisbarer Bedarf an überplanmäßigen Aufwendungen i. H. v. 48.354,-- € Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben im Budget des Amtes für Schule (NKF-Sachkonto 53180000 - Schulpsychologie –) in entsprechender Höhe.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 1

Ausbau der Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung (KSF) in NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Rüther, Vorsitzender des Schul- und Sportausschusses, begrüßt den Berichterstatter Herrn Patt und erklärt, dass in der heutigen Sitzung noch keine Entscheidung darüber getroffen werden soll, ob sich die Stadt Bielefeld an dem Projekt "Kompetenzzentrum für sonderpädagogische Förderung (KSF)" beteiligt, sondern dass man sich in dieser gemeinsamen Sitzung weiter über das Modell informiert und in der sich anschließenden Diskussion über die einzelnen Aspekte austauschen kann.

Herr Patt, Schulentwicklungsbegleiter und -berater mit eigener Firma "Schulhorizonte", berichtet ausführlich zum Thema "Kompetenzzentrum für Sonderpädagogische Förderung, Modellprojekt NRW". Die Präsentationsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Dr. Schulze, Frau Röder, Frau Stillger, Frau Schattmann, Herr Beigeordneter Kähler, Herr Krieg und Herr Rüther.

Auf die Frage nach den Befähigungen der Sonderpädagogen, die sich entsprechend dem neuen Modell zu Systemberatern wandeln sollen, erklärt Herr Patt, dass in einem gemeinschaftlichen Miteinander die Beratungen intensiviert werden sollen. Das Lehrerkollegium müsse hierzu weitergebildet werden. Der angestrebte Rollenwechsel brauche eine nachhaltige Begleitung.

Der nicht als bedarfsgerecht nachvollziehbare Stellenanteil (0,5 Lehrerstellen) und die Frage nach den frei werdenden Ressourcen in Förderschulen beantwortet Herr Patt dahingehend, dass in den bereits bestehenden Modellregionen mit den vorhandenen Ressourcen ein guter Anfang gemacht worden sei. Voraussetzung hierfür sei aber, dass die Stellen in einer Schule zu 100% besetzt sind.

Frau Schattmann hebt hervor, dass das neue Projekt die Belange aller Schülerinnen und Schüler beachte. Das Bild der Schule wandle sich zu einer "Schule für alle". Ebenso sind mit dem bereits lang erprobten Bielefelder Modell des "Gemeinsamen Unterrichts" (GU) gute Erfahrungen gemacht worden; die Ergebnisse seien positiv für alle Kinder. Bei dem neuen Modell stelle sich ihr jedoch die Frage, wie die Beratung in den allgemeinen Schulen aussehen soll, wenn Kinder mit Förderbedarfen vermehrt eine Regelschule besuchen.

Die Schule als Ganzes müsse flexiblere Formen annehmen, so Herr Patt. Die Einrichtung von Lerngruppen und die Auflösung starrer Klassenstrukturen müssen vollzogen werden. D. h. übergreifender Unterricht sollte in den Schulen stattfinden. Hier liegt die Verantwortung bei den Lehrerinnen und Lehrern vor Ort. Jede Schule sollte eine individuelle Gestaltung finden.

Bei dem vorgestellten Modell soll es vorrangig um den Menschen und seine individuellen Bedarfe gehen. Dennoch müsse die Frage nach der Kostenträgerschaft gestellt und beantwortet werden, so Herr Beigeordneter Kähler. Aus Sicht seines Dezernates kann ein solches Modell erprobt werden, jedoch müsse man auch mit dem Ergebnis rechnen, dass es nicht funktioniere.

Herr Patt stellt klar, dass ein solches Modell grundsätzlich funktionieren könne, jedoch nicht mit den vorgesehenen unveränderten Ressourcen. Die Landesregierung sei hier gefordert, u. a. weitere Lehrerstellen frei zu geben. Mit der UN-Konvention und seinem Fakultativprotokoll ist ein guter Anfang gemacht worden. Zumindest wird dadurch bewirkt, dass die Landesregierungen ihre Schulgesetze überarbeiten müssen.

Abschließend bedankt sich Herr Rüther bei dem Vortragenden Herrn Patt für die ausführliche Darstellung des neuen Modells. Die Grundidee des Modells sei richtig, jedoch sind die Auswirklungen für die Kommune als Schulträger und vorhandener, bewährter Strukturen vor Ort noch nicht eindeutig. Es bestehe weiterhin Klärungs- und Diskussionsbedarf in den politischen Gremien, bevor eine Entscheidung über die Beteiligung der Stadt Bielefeld an der Pilotphase des neuen Modells getroffen werden könne.

Andreas Rüther (Vorsitzender des Schul- und Sportausschusses)	Wolfgang Baum (Vorsitzender des Beirates für Behindertenfragen, zu Punkt 1)
Jan Scholten (Stv. Vorsitzender des Jugendhilfe-	Marion Jürgensmeier (Schriftführung)
Ausschusses, zu Punkt 1)	(25mmamang)